

Der MERA25-Punkte- Plan für Frankfurt



MERA25

FRANKFURT AM MAIN

Für ein bezahlbares Frankfurt

(1) Wohnen: Mieten runter, Mitbestimmung rauf

“Die Häuser denen, die darin wohnen!” – Dieser Leitsatz ist zentral für unsere Vorstellung von moderner Wohnpolitik, die den Zugang zu Wohnraum zu einem Grundrecht erhebt. Dieses lässt sich am schnellsten dort verwirklichen, wo die Stadt im Zuge ihrer Gesellschafterrolle direkten Zugriff auf Wohnungen hat, namentlich bei der ABG Frankfurt Holding. Wir stehen für eine echte Vergesellschaftung der ABG, die das Profitmotiv gänzlich aus dem Geschäftsgebaren verbannt, die Forderungen des verhinderten Mietentscheids von 2018/2019 umsetzt sowie zusätzliche Entscheidungsstrukturen etabliert, welche den Mieter:innen im Kollektiv die finale Entscheidung bei Umbau- und Sanierungsmaßnahmen überlässt. Unsoziale Warmmietenerhöhungen bei energetischen Sanierungen, wie derzeit in einigen Wohnsiedlungen von ABG und Nassauischer Heimstätte zu beobachten, wird es mit uns nicht geben.

(2) Bauen: Öffentlich, sozial und klimaneutral

Private Immobilienkonzerne wie Vonovia SE treiben die Mietpreise nach oben und die Wohnqualität nach unten – auf einem überbelegten Wohnungsmarkt wie in Frankfurt sind sie fehl am Platz. Genehmigungen zum Neubau von Mietwohnungen werden wir ausschließlich an öffentliche oder genossenschaftliche Träger vergeben und Bestandswohnungen schrittweise in städtisches Eigentum überführen. Im Verbund mit einem Privatisierungsstopp bei städtischen Immobilien führt dies kurzfristig zu einer Entlastung von Mieter:innen und mittel- bis langfristig zu einer deutlichen Entspannung des Wohnungsmarktes, bis Gentrifizierung, Verdrängung und Wohnungslosigkeit in Frankfurt der Vergangenheit angehören. Bei auslaufender Preisbindung von Sozialwohnungen werden wir diese nachverhandeln oder gleich ein Kaufangebot unterbreiten, u.a. finanziert über kommunale Anleihen. Ferner wird die Stadt durch uns von ihrem Vorkaufsrecht wesentlich häufiger Gebrauch machen und so z.B. das Gebäude des Club Voltaires in der Kleinen Hochstraße erwerben, um dem Verein das Weitermachen zu ermöglichen und dadurch den Erhalt notwendiger Kulturräume sicherzustellen.

(3) Spekulation: Wetten, dass vorsätzlicher Leerstand teuer wird

Die Stadt muss von ihren rechtlichen Möglichkeiten zur Sanktionierung von spekulativem Leerstand Gebrauch machen und eine hinreichend strenge kommunale Satzung verabschieden, die Eigentümern nicht selbst genutzter Wohnimmobilien klare Vorgaben macht und negative finanzielle Anreize zur schnellen (Weiter-)Vermietung setzt. Bei leerstehenden städtischen Grundstücken und Immobilien sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen, konstruktiv sein und gemeinwohlförderliche Nutzungskonzepte zusammen mit Anwohner:innen entwickeln und umsetzen, anstatt Aktivist:innen zu dämonisieren und auf Hausbesetzungen mit polizeilicher Räumung zu reagieren. Um vorgetäuschten Wohnverhältnissen vorzubeugen, werden wir die Zweitwohnungssteuer auf 20% der Kaltmiete für Personen verdoppeln, die in Frankfurt nur mit Nebenwohnsitz gemeldet sind.

(4) Energie: Schluss mit bösen Überraschungen

Für Frankfurts wichtigsten Versorgungsdienstleister ist die Rechtsform einer Aktiengesellschaft in der bitteren Realität tausender Verbraucher:innen kein Vorteil, sondern ein Hindernis auf dem Weg zu erschwinglicher, ökologisch nachhaltiger Energieversorgung. Die Preisgestaltung der Mainova AG bei Strom, Gas und Fernwärme wird maßgeblich beeinflusst durch die Renditeerwartungen von kapitalstarken Investoren, während Kund:innen keinen Einfluss auf die Konzernstrategie nehmen können und Preiserhöhungen einfach hinnehmen müssen. Die Mainova muss vollständig kommunalisiert, d.h. zu 100% in städtischen Besitz übergehen, um eine sozialverträgliche Festsetzung der Versorgungsentgelte sicherzustellen. Die begonnene Umrüstung des Heizkraftwerks West zur Verstromung von fossilem Erdgas betrachten wir als taktische Verzögerung der tatsächlich notwendigen Energiewende und werden stattdessen eine zügige Dekarbonisierung basierend auf erneuerbaren Energieträgern einleiten.

(5) Teilhabe: Niedrigschwelliger Zugang zu Kultur und Mobilität

Einkommensschwache Haushalte haben sich eine vollumfängliche Beteiligung am Stadtleben und Freizeitaktivitäten ebenso verdient wie der Rest der Bevölkerung. Die im Frankfurt-Pass enthaltenen Vergünstigungen stellen ein wirkungsvolles Instrument im Kampf gegen die Folgen von Armut dar, gehen aber nicht weit genug. Angesichts der hohen Inflation der vergangenen Jahre werden wir eine Zurücksetzung der preislichen Ermäßigungen auf das Niveau von 2019 forcieren. Um Bürokratie einzusparen, werden wir den Gültigkeitszeitraum zudem auf drei Jahre erhöhen, sodass nicht jedes Jahr eine Verlängerung beantragt werden muss. Das Antragsformular werden wir in weitere Sprachen übersetzen.

(6) Familien: Kinderbetreuung ohne Kostenfalle

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf kein Privileg sein, das man sich leisten können muss. Auf die Abschaffung der Elternentgelte in städtischen Kindertageseinrichtungen muss endlich auch die Gebührenfreiheit für Krippen- und Hortplätze folgen. Zugleich ist die Schaffung von mehr Plätzen und die Aufstockung des Betreuungspersonals mit qualifizierten Fachkräften unerlässlich.

Für ein lebenswertes Frankfurt

(7) Umwelt: Stadtgrün pflegen und bewahren

Wer Umweltschutz und Wohnungsfrage gegeneinander ausspielt, ist vermutlich weder von Umweltproblemen noch von Wohnungsnot betroffen, sondern verfolgt andere Interessen. Wir denken beides konsequent zusammen: Frischluftschneisen, innerstädtische Grünflächen und Kleingartenanlagen wie das biodiverse Stadtnatur-Areal “Grüne Lunge” im Nordend werden wir kompromisslos erhalten. Über die Hälfte der Fläche Frankfurts ist versiegelt und heizt sich im Sommer enorm auf. Neubauten lassen wir nur auf Flächen zu, die das Stadtklima nicht weiter gefährden, und werden überall dort Böden entsiegeln und Umgebungen renaturieren, wo Hitze- und Überflutungsgefahr dies erforderlich macht.

(8) Verkehr: Vorfahrt für Rad und ÖPNV

Zu viel motorisierter Individualverkehr erzeugt klimaschädliche Abgase, gesundheitsschädlichen Feinstaub, unerwünschten Lärm und Staus. Eine veraltete Verkehrspolitik, die Straßen- und Parkplatzausbau gegenüber öffentlichen Transportmitteln und nichtmotorisiertem Individualverkehr priorisiert, verstärkt die genannten Probleme statt sie zu lösen. Frankfurt muss den Umstieg auf Fahrrad, Bus und Bahn attraktiver machen, indem weitere Autospuren in Radwege umgewandelt, verkehrsberuhigte Zonen und Tempo-30-Beschränkungen ausgeweitet sowie das Schienennetz und die Flotte der VGF kontinuierlich erweitert werden. Mehr ÖPNV-Haltestellen, pünktliche Abfahrtszeiten im dichteren Takt, günstige Tarife und die Subventionierung von Lastenrädern sind essentielle Bausteine einer erfolgreichen Verkehrswende.

(9) Wirtschaft: Geschlossener Kreislauf

Kreislaufwirtschaft ist für uns kein Buzzword, sondern ehrlicher und umsetzbarer Anspruch. Frankfurt als “Zero Waste City”? Das geht! Bestmögliche Abfallvermeidung, Re- und Upcycling und generell ein verantwortungsvoller Umgang mit begrenzten Ressourcen kann dann erreicht werden, wenn die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Für uns schließt das die Einführung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen in der Gastronomie, sowie einer E-Commerce-Steuer auf ineffiziente Paketauslieferungen in der Logistikbranche ein. Aber auch die entsprechende Infrastruktur muss vorhanden sein: Gut erreichbare Abfallsammelstellen und Repair-Cafés in jedem Stadtteil und ein umfangreich ausgestattetes städtisches Entsorgungsunternehmen (FES), das flexibel einsatzbereit ist.

(10) Nahversorgung: Gesunde Ernährung für alle

Frankfurt hat den “Milan Urban Food Policy Pact” für Ernährungsgerechtigkeit 2015 unterzeichnet. Diesem Bekenntnis müssen Taten folgen. Wir schließen und uneingeschränkt den Forderungen des Netzwerkes “Gemeinschaftsküchen FFM” an und werden im gesamten Stadtgebiet für jede:n zugängliche Stadtteilküchen nach dem Vorbild der Ada-Kantine in Bockenheim – aber im städtischen Eigenbetrieb – einrichten, um gesunde und kostengünstige Ernährungsangebote zu den Menschen zu bringen. Darüber hinaus werden wir die Lebensmittelversorgung an Frankfurts Schulen rekommunalisieren und Schulessen kostenlos machen, damit sichergestellt ist, dass Schüler:innen die bestmögliche Verpflegung bekommen.

(11) Bildung: Beste Ausstattung für Schulen

Mainhattens Skyline wächst in den Himmel, derweil Schuldächern der Einsturz droht. Wir begegnen diesem krassen Kontrast mit einer Prioritätenverschiebung und werden sämtlichen Neubau von kommerziellen Bürotürmen im Bankenviertel stoppen, solange der Sanierungsstau bei Schulgebäuden in unserer Stadt fortbesteht. Rohstoffe und Arbeitskraft für den Wolkenkratzerbau finden in lokalen Bildungseinrichtungen einen besseren Einsatz. Insofern die Bauherren ihre Großprojekte schnell weiterführen möchten, laden wir sie herzlich dazu ein, sich an den Kosten für Sanierung und Materialbeschaffung zu beteiligen.

Für ein friedliches Frankfurt

(12) Waffenproduktion: Nicht in unserer Stadt

Die Herstellung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern auf Frankfurter Boden lassen wir unter Berufung auf moralische Grundüberzeugungen nicht zu. Die Beamt:innen der kommunalen Waffenbehörde (angesiedelt im Ordnungsamt) werden wir deshalb anweisen, keine neuen Lizenzen zur Waffenproduktion mehr auszustellen und bestehende Genehmigungen zu widerrufen. Der sich daraus unmittelbar ergebende Beitrag zur Befriedung der Welt mag gering sein, die politische Symbolkraft für ein pazifistisches Frankfurt ist es nicht.

(13) Waffenhandel: Ausfuhr verunmöglichen

Frankfurt ist aufgrund des Flughafens ein zentraler Umschlagpunkt für den internationalen Waffenhandel. Analog zum faktischen Verbot der Waffenproduktion werden wir auch deren Export untersagen, indem wir die Mitarbeiter:innen in der Waffenbehörde anweisen, keine "allgemeine Verbringungs-erlaubnis" an Verkäufer zu erteilen. Einen möglichen Konflikt mit dem Bund nehmen wir dabei besten Gewissens in Kauf.

(14) Infrastruktur: Keine Umwidmung zu militärischen Zwecken

Die politischen Anstrengungen, unser Land wieder "kriegstüchtig" zu machen, nehmen besorgniserregende Ausmaße an. Wir verlangen vollste Transparenz und werden alle vorgesehenen kommunalen Maßnahmen im Rahmen des "Operationsplans Deutschland" der Bundeswehr offenlegen. Jeglichen Versuchen der Umwidmung städtischer Infrastruktur für militärische Zwecke treten wir entschieden entgegen. Den zivilen Katastrophenschutz werden wir stärken; für militärische Planspiele sind wir hingegen nicht zu haben.

(15) Polizei: Verstärkte Sensibilisierung und Kontrolle

NSU 2.0, rechtsextreme Chatgruppen, Übergriffe auf Demonstrierende – die Polizei in Frankfurt genießt über die Stadtgrenzen hinaus einen mehr als fraglichen Ruf. Wir bedauern dies ausdrücklich und werden intensiv in Deeskalationsschulungen und Sensibilisierungstrainings der Stadtpolizei sowie hier stationierter Einheiten der hessischen Landespolizei investieren, damit alle Frankfurter:innen von guter Polizeiarbeit profitieren und sich in der Wahrnehmung ihrer bürgerlichen Freiheiten durch die Polizei tatsächlich geschützt, anstatt eingeschränkt oder diskriminiert fühlen. Mit einer unabhängigen Monitoring- und Meldestelle für polizeiliches Fehlverhalten sorgen wir außerdem für verbesserte Anzeige-, Kontroll- und Aufklärungsmöglichkeiten.

(16) Städtepartnerschaften: Konsequenz neu bewerten

Interkultureller Austausch ist ein hohes Gut, das man nicht aufgeben sollte. Die Begegnung mit Menschen aus anderen Ländern kann sehr wertvoll und bereichernd sein. Im Geiste eines gelebten Internationalismus ist es folglich eines unserer Kernanliegen, den Kontakt zu allen Völkern der Erde, unabhängig vom jeweiligen politischen System, auf einer zivilgesellschaftlichen Ebene zu bewahren und zu fördern. Mit derselben internationalistischen Grundhaltung verwehren wir uns jedoch der Kooperation auf einer institutionellen Ebene, wenn dabei fundamentale Grundsätze des Völkerrechts zur Disposition gestellt werden. Die offiziellen Städtepartnerschaften Frankfurts müssen diesem Mindestanspruch entweder genügen oder bis zu einem zukünftigen Erfüllungszeitpunkt pausiert werden. Offensichtlichstes Beispiel für gegenwärtige Nichterfüllung dieser Anforderung ist die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv. Mangels Distanzierung der dortigen Stadtregierung vom Völkermord der israelischen Armee an dem palästinensischen Volk werden wir uns dringlichst dafür einsetzen, dass diese Partnerschaft ausgesetzt wird.

Für ein solidarisches Frankfurt

(17) Arbeit: Angebote statt Sanktionen

Es gibt immer was zu tun, bloß wird nicht jede Form von Arbeit vergütet. Wir wollen unfreiwillige Erwerbslosigkeit in Frankfurt beseitigen – nicht durch Druck und Peinigung, sondern auf fortschrittliche Weise. Dazu werden wir ein kommunales Pflegeeinkommen einführen, dass jenen zu Gute kommt, die aufgrund der Pflege und Betreuung von Angehörigen Verdienstausschlag erfahren. Mittels einer Jobgarantie schaffen wir hunderte neue Stellen im öffentlichen Sektor, in Bereichen wie Kultur, Umweltpflege und Breitensport, decken tatsächliche Bedarfe ab und entlasten das Verwaltungspersonal. Die so entstehenden Mehreinnahmen fließen zurück in die (lokale) Wirtschaft und beleben die Konjunktur. Bei städtischen Ausschreibungen werden wir nur Gebote von Unternehmen aus dem Privatsektor berücksichtigen, wenn deren Mitarbeiter:innen gemäß dem Tarifvertrag ihrer Branche oder besser bezahlt werden.

(18) Obdach: Wohnungen unbürokratisch bereitstellen

Hunderte Menschen müssen in Frankfurt regelmäßig im Freien übernachten – ein Armutszeugnis für eine Finanzmetropole in der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt. Was wohnungslose Menschen als Erstes brauchen, ist nicht schwer festzustellen: Eine Wohnung! Der seit einigen Jahren praktizierte "Housing First"-Ansatz nach dem finnischen Modell sollte weitergeführt, aber mit noch viel mehr Wohnraum ausgestattet werden, wozu auch städtische Immobilien zur Verfügung gestellt werden müssen. Gerade in den Wintermonaten braucht es mehr temporäre Notunterkünfte, um Kältetote zu vermeiden.

(19) Drogenkonsum: Helfen statt kriminalisieren

Drogensucht ist eine Krankheit, kein Verbrechen. Suchtkranke haben das Recht auf angemessene medizinische Unterstützung zur Rekuperation. Zu diesem Zweck befürworten wir die Einrichtung eines neuen Suchthilfezentrums im Bahnhofsviertel. Eine Drogenpolitik, die Betroffene ausgrenzt und versucht, aus dem Stadtbild zu entfernen, ist nicht bloß moralisch falsch, sondern auch extrem ineffektiv gemessen an ihrer Wirksamkeit, die Zahl der Abhängigen und der Drogendelikte zu reduzieren.

(20) Verwaltung: Personal deutlich aufstocken

Interaktionen zwischen Einwohner:innen und städtischen Behörden gleichen in vielen Fällen einem Glücksspiel mit ungewissem Ausgang. Insbesondere das Frankfurt Immigration Office (Ausländerbehörde) ist notorisch für seine teils jahrelangen Wartezeiten – Zeit, welche die Antragstellenden oftmals nicht haben, etwa weil ihr Aufenthaltstitel abläuft oder sie an andere behördliche Fristen gebunden sind. Um die meterhohen Antragsberge abzubauen und neu eingehende Anträge zeitnah zu bearbeiten, hilft langfristig nur die Ausbildung und Anstellung neuer Sachbearbeiter:innen. Interne Versetzungen innerhalb der Stadtverwaltung können ebenfalls Luft zum Atmen verschaffen, wenn erfahrene Beamte:innen einen Teil ihrer sonstigen Tätigkeiten an Jobgarantie-Angestellte abgeben und sich auf die Arbeit im Immigration Office konzentrieren können. Persönliche Vorsprachen zu festgelegten Sprechzeiten müssen künftig auch wieder ohne Termin und die Terminvereinbarung telefonisch und mehrsprachig anstatt nur im Internet möglich sein.

(21) Beteiligungen: Verantwortung international wahrnehmen

Das Beteiligungsportfolio der Stadt ist weit verzweigt und nur schwer in allen Einzelheiten zu überblicken. Klar ist jedoch: Frankfurt profitierte in der Vergangenheit indirekt von der Privatisierung staatlicher Infrastruktur in anderen Ländern, und noch heute durch Dividendenausschüttungen, während die dortige Bevölkerung leer ausgeht. Es ist höchste Zeit für grenzüberschreitende Solidarität. Wir werden Ordnung schaffen und auf die Abstoßung aller direkten Beteiligungen an systemrelevanter ausländischer Infrastruktur, wie etwa griechische Regionalflughäfen, gehalten über die Fraport AG, drängen. Damit entsprechende Vorstöße Erfolg haben, werden wir diesbezüglich das Gespräch mit anderen öffentlich-rechtlichen Gesellschaftern wie dem Land Hessen suchen.

Für ein rebellisches Frankfurt

(22) Deliberative Demokratie: Bessere Entscheidungen

Politikverdrossenheit und extremistische Tendenzen lassen sich langfristig nur mit einer besseren Politik abbauen. Teil der Lösung sind neue Formen der politischen Partizipation, die eine stärkere Einbindung der Bürger:innen in sie betreffende Entscheidungen gewährleisten. Wir werden das Konzept der deliberativen Demokratie auf kommunaler Ebene verankern, indem wir die Stadtverordnetenversammlung mit gelosten Sitzen ergänzen und Ortsbeiräte in komplett geloste Bürger:innenversammlungen umwandeln, die einen repräsentativen Querschnitt der Stadtbevölkerung abbilden und mit erweiterten Kompetenzen – inklusive eines Vetorechts gegenüber Magistratsbeschlüssen – ausgestattet werden. So verpassen wir der Demokratie ein Update, das Schule macht!

(23) Direkte Demokratie: Bessere Legitimation

Der Umgang der regierenden Parteien mit Initiativen wie dem Mietentscheid war und ist Grund zur Empörung. Die Stadt muss Bürgerbegehren ernst nehmen und darf nicht länger aufgrund fadenscheiniger Haushaltsvorbehalte die Durchführung – und bei positivem Ergebnis auch die Umsetzung – von direktdemokratischen Abstimmungen blockieren. Bürgerbegehren sind Ausdruck der politischen Willensbildung innerhalb der Stadtbevölkerung und ein wichtiges Instrument, um Druck auf Entscheidungsträger:innen auszuüben. Wir werden die dahinterstehenden Initiativen und ihre Anliegen mit dem Respekt behandeln, der ihnen zusteht.

(24) Digitalisierung: Gemeinwohl vor Profitstreben

Stadt und Region werden überschwemmt von Rechenzentren, die wie Pilze aus dem Boden sprießen und eine enorme Belastung für Umwelt, Klima und Stromnetze darstellen. Bereits heute geht über ein Fünftel des von der Mainova erzeugten Stroms an Rechenzentrumsbetreiber. Leistungskapazitäten werden eigens für den KI-Boom ausgebaut; Dekarbonisierungsziele rücken dadurch in weite Ferne, während der hohe Kühlaufwand die Grundwasserspiegel noch schneller sinken lässt. Frankfurt ist schon jetzt die Stadt mit den meisten Rechenzentren in der EU, wodurch jedoch nur vergleichsweise wenig Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Es braucht ein sofortiges Moratorium für den Bau weiterer Serverfarmen und eine Neuausrichtung an Gemeinwohlkriterien und tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarfen, statt Datensammelexzessen und oligarchischem Profitstreben. Bestehende große Rechenzentren in Privathand werden wir vergesellschaften, ressourcenschonend weiterbetreiben und die Stadtbevölkerung über angemessene Anwendungszwecke entscheiden lassen.

(25) Munizipalismus: Radikal und selbstbewusst

Frankfurt war lange Zeit ihrer Geschichte "Freie Stadt", ließ sich nicht von außen in städtische Angelegenheiten hineinregieren. An diese Tradition werden wir anknüpfen und die Kooperation mit Landes- und Bundesbehörden in bestimmten, eng definierten Bereichen verweigern. Nicht weil wir Subsidiarität und staatliche Arbeitsteilung ablehnen (das Gegenteil ist der Fall), sondern weil die politisch-moralische Gemengelage selbstbewusstes kommunales Handeln erforderlich macht, um öffentliche Debatten und gesetzliche Veränderungen anzustoßen. Beispielsweise wird es mit uns keinen Vollzug von Härtefallabschiebungen in Frankfurt geben, Weisungen zur militärischen Ertüchtigung städtischer Infrastruktur werden wir ignorieren und neue demokratische Beteiligungsformen werden wir auch ohne offizielle Gesetzesgrundlage einrichten. Die juristische Konfrontation mit anderen staatlichen Akteuren scheuen wir dabei nicht und betrachten sie als Gelegenheit, Aufmerksamkeit auf Missstände und ungerechte Verhältnisse zu lenken.